

## «media FORTI» sagt entschieden NEIN zu «No Billag»!

Der Verein «media FORTI» stellt sich entschieden gegen die «No-Billag»-Initiative. Wir setzen uns ein für starke Medien – **die Initiative hätte das Gegenteil zur Folge und würde zu einer massiven Schwächung der Schweizer Medienlandschaft führen.**

### Worum geht es bei der «No-Billag»-Initiative?

Es geht bei dieser Initiative **NICHT** um die Höhe der Gebühr, um das Erhebungsmodell oder um die Zufriedenheit mit einzelnen SRG-Sendungen.

Die «No-Billag»-Initiative will:

1. die **öffentliche Finanzierung von Radio und Fernsehen abschaffen und verbieten.**
2. Radio und Fernsehen von der **Pflicht zu Sachgerechtigkeit und Vielfalt der Meinungen entbinden**, die **unabhängige Beschwerdestelle abschaffen** und **Konzessionen an die Meistbietenden versteigern.**

### Welche Folgen hätte die «No-Billag»-Initiative?

Bei Annahme der Initiative würde die öffentliche Finanzierung von Radio und Fernsehen («Billag-Gebühren») gestrichen. Der Service public müsste sich in Zukunft alleine auf dem Markt finanzieren (Werbeeinnahmen oder Pay-TV). Das ist aber in der mehrsprachigen kleinen Schweiz völlig unrealistisch.

Die Argumente des Initiativkomitees haben nichts mit der ökonomischen Realität des Schweizer Medienmarktes zu tun und entsprechen reinem Wunschdenken. Die Radio- und Fernsehsender sowie das Onlineangebot der SRG sowie die meisten lokalen Radio- und Fernsehstationen könnten in der heutigen Form nicht überleben.

- **Ohne öffentliche Finanzierung kann die SRG keinen Service-public-Auftrag in allen Landesteilen und Sprachregionen erfüllen.**
- **Ohne öffentliche Finanzierung können auch private Sender, die Gebühren bekommen, nicht überleben oder sie müssten ihr Programmangebot drastisch reduzieren.**
- **Die Initiative würde die Medienvielfalt einschränken. Gewinnen würden einzig die ausländischen Werbefenster.**
- **Ein öffentlich finanzierter Service public garantiert, dass auch im digitalen Zeitalter Inhalte für alle Menschen in der Schweiz produziert werden.**

#### **Die «No-Billag»-Initiative ist zerstörerisch, unausgegoren und rückwärtsgerichtet.**

Eine Abschaffung der öffentlichen Finanzierung würde das Ende für einen Grossteil des heutigen Radio- und Fernsehangebots bedeuten. Die Initiative zeugt von komplettem Unverständnis für die Funktionsweise von Medienmärkten und bietet keine Rezepte für die Herausforderungen der Digitalisierung. Für die Schweizer Medienlandschaft und Demokratie ist die «No-Billag»-Initiative schädlich und muss abgelehnt werden.

Auf den folgenden Seiten setzen wir uns sachlich mit den Argumenten des Initiativkomitees auseinander und zeigen die verheerenden Folgen einer Annahme der Initiative für die Schweizer Medienlandschaft auf.

## **Erstes Ziel von «No Billag»: Abschaffung der Gebühren und Verbot einer öffentlichen Finanzierung von Radio und Fernsehen**

*Der Initiativtext ist klipp und klar:*

«[Der Bund] subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen. [...] Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren erheben.»

**Das lässt keinen Interpretationsspielraum zu: Weder darf der Bund aus Steuermitteln Radio und Fernsehen finanzieren, noch darf er selbst Gebühren erheben oder Drittfirmen damit beauftragen.**

Heute bezahlen alle Haushalte eine Gebühr von 451.10 Franken pro Jahr, die von der «Billag» einzogen wird. Ab 2019 ist es eine «Abgabe für Radio und Fernsehen» in der Höhe von 365 Franken pro Jahr und Haushalt, die von der Firma «Serafe» eingezogen wird. Das ist eine Senkung von 19 Prozent. Dieses Geld geht an die SRG (in der Deutschschweiz für die Radiosender, Fernsehsender und das Onlineangebot von SRF) und an 34 regionale Radio- und Fernsehsender, die damit einen Service-public-Auftrag erfüllen sollen.

**Bei Annahme der Initiative würde diese öffentliche Finanzierung von Radio und Fernsehen gestrichen. Radio und Fernsehen müssten sich in Zukunft alleine auf dem Markt finanzieren (Werbeeinnahmen oder Pay-TV). Das ist aber in der mehrsprachigen kleinen Schweiz völlig unrealistisch.**

### **Argument 1: Die Behauptung, Service public sei eine Bevormundung.**

«Indem allen eine Radio- und Fernsehgebühr [...] aufgezwungen wird, nimmt man den Menschen das Recht auf Selbstbestimmung, bevormundet sie und raubt ihnen damit Lebensqualität. Werden die Billag-Zwangsgebühren abgeschafft, erhalten alle mehr Entscheidungsfreiheit und Lebensqualität.»

([https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium\\_No-Billag-Initiative-1.pdf](https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium_No-Billag-Initiative-1.pdf))

Zuallererst: Wir halten nichts von politischen Kampfbegriffen wie «Zwangsgebühren», sondern wollen eine sachliche Diskussion führen.

Es ist korrekt, dass bei öffentlich finanzierten Dienstleistungen – Strassenbau, Polizei, Schulen etc. – nicht der/die Einzelne allein entscheidet, ob er oder sie zahlen will, sondern Parlament, Regierung oder die Mehrheit in einer Abstimmung. Libertäre wie die «No-Billag»-Initianten sehen dies als Eingriff in die individuelle Freiheit. Das sehen wir anders und halten die öffentliche Finanzierung einer guten Infrastruktur – und dazu gehören für uns auch unabhängige Medien – für Match entscheidend im internationalen Standortwettbewerb und für das Funktionieren unserer Demokratie.

Aber darüber wollen wir gar nicht streiten: Es ist legitim, die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung des Service public zu fordern. **Doch dann sollte man sich über die Konsequenzen im Klaren sein und keine Illusionen verbreiten.** Die folgenden Seiten beschäftigen sich mit den Behauptungen des Initiativkomitees, die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung des Service public hätte keine negativen Auswirkungen auf das Medienangebot in der Schweiz. Denn das ist nachweislich falsch.

## **Argument 2: Die Behauptung, die Leistung der SRG gäbe es auch ohne öffentliche Finanzierung, und zwar in allen Sprachregionen.**

«Die No-Billag-Initiative fordert nicht die Abschaffung der SRG [...], sondern die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren. Die SRG wird im Initiativtext mit keiner Silbe erwähnt. Die SRG müsste sich in Zukunft lediglich selbst finanzieren, wie die meisten anderen Unternehmen auch. Besteht eine entsprechende Nachfrage nach ihren Sendungen, dürfte es für eine haushälterisch wirtschaftende SRG kein Problem darstellen, erfolgreich zu sein. Ihre Einnahmen könnte die SRG nebst der Werbung beispielsweise durch den Verkauf von TV-Abos erzielen.»

«Die Deutschschweiz, die Romandie und das Tessin gehören zu den reichsten Regionen der Welt. Weshalb gerade hier das Geld für den Radio- und TV-Konsum fehlen sollte, ist nicht ersichtlich. Wenn die Billag-Zwangsgebühr abgeschafft wird, hat jeder Haushalt auch in diesen Sprachregionen mindestens 450 Franken pro Jahr zusätzlich im Portemonnaie, womit er sich wiederum Medien leisten könnte.»

[https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium\\_No-Billag-Initiative-1.pdf](https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium_No-Billag-Initiative-1.pdf)

Diese Aussagen entbehren jeglicher ökonomischen Grundlage. **Die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung wäre das Ende der SRG und vieler lokaler Radio- und Fernsehstationen in ihrer heutigen Form.**

### **Zuerst zur SRG.**

Für die SRG hätte die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung massive Konsequenzen. Heute betreibt die SRG Radio, Fernsehen und Onlineangebot von SRF in der Deutschschweiz, von RTS in der Romandie, von RSI in der italienischen Schweiz und von RTR in der rätoromanischen Schweiz. Sie finanziert sich zu 75 % aus Gebührengeldern und hat dafür einen Programmauftrag zu erfüllen.

### **Mit Pay-TV ist die Finanzierung von Service public völlig unmöglich.**

**Erstens funktioniert Pay-TV nur für Sport und Unterhaltung, nicht für Information.** Nirgendwo gibt es Nachrichtensender, die sich über Pay-TV finanzieren. Das lässt sich ökonomisch sehr einfach erklären, denn die Zahlungsbereitschaft für Nicht-Unterhaltungsangebote lässt sich nur schwer abschöpfen (sogenannte positive Externalitäten; Informationsasymmetrie). Zudem sind Informationsangebote in der Herstellung viel teurer (Korrespondentennetz, ausreichende Anzahl von Journalistinnen und Journalisten für Recherchen etc.) als eingekaufte ausländische Serien und Filme. So gibt die SRG heute 39 % ihres Budgets für Informationssendungen aus; für Kultur- und Bildungsprogramme weitere 18 %. Eingekaufte Filme und Serien machen gerade mal 15 % aus.

**Zweitens leisten sich sogar für Unterhaltung und Sport nur kleine Teile der Bevölkerung Pay-TV,** das auch viel teurer ist als der Service public. Im bezüglichen Free-TV-Angebot vergleichbaren Deutschland haben gerade mal 12 % der Haushalte ein Abo von Sky. Und auch in den USA abonnieren nur 21 % der Haushalte HBO.<sup>1</sup> In einem grossen Land kommt damit zwar ein ansehnliches Budget zusammen. **In einem kleinen mehrsprachigen Land wie der Schweiz dagegen reichen Pay-TV-Einnahmen bei Weitem nicht aus für ein Vollprogramm mit Eigenproduktionen.**

- In der Deutschschweiz werden derzeit pro Jahr 885 Millionen mit den Radio- und Fernsehgebühren eingenommen (40 % davon werden in die kleineren Sprachregionen umverteilt; bei SRF bleiben 525 Millionen). 12-21 % der Haushalte als Abonnenten würden folglich zu einem Jahresbudget von 105-185 Millionen führen. Wie damit ein vergleichbares Radio- und Fernsehangebot wie heute finanziert werden soll, bleibt das Geheimnis der Initianten.

- In der Romandie werden derzeit pro Jahr 280 Millionen mit den Radio- und Fernsehgebühren eingenommen. Bei 12-21 % der Haushalte als Abonnenten blieben als Budget 33-59 Millionen übrig. Viel zu wenig, um damit ein vollwertiges Radio- und Fernsehprogramm zu finanzieren.
- Im Tessin werden 45 Millionen mit den Radio- und Fernsehgebühren eingenommen. Bei Pay-TV wären das dann noch 5-10 Millionen. Dieser Betrag ist viel zu tief, um damit Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung in Radio und Fernsehen zu realisieren.
- In der rätoromanischen Schweiz werden mit Gebühren nur gerade 5 Millionen im Jahr eingenommen.

### **Auch der Radio- und Fernsehwerbemarkt in der Schweiz ist viel zu klein für vollwertiges Radio und Fernsehen.**

- Mit Fernsehwerbung wurden 2016 netto 775 Millionen Franken umgesetzt, davon 561 Millionen (oder 72.4 %) in der Deutschschweiz und 213 Millionen in der Romandie und im Tessin. Allerdings fließen davon über 42 % in Werbung auf ausländischen Sendern und damit nicht in die Produktion von Schweizer Sendungen.<sup>2</sup> Für Schweizer Sender bleiben damit weniger als 450 Millionen übrig.
- Mit Radiowerbung wurden 2016 netto 147 Millionen Franken umgesetzt, davon 116 Millionen in der Deutschschweiz und 31 Millionen in der Romandie und im Tessin.<sup>3</sup>
- Mit Onlinewerbung ist für publizistische Medien wenig Geld zu verdienen. 2015 haben Journalismusangebote ca. 82 Millionen Franken mit Onlinewerbung eingenommen.<sup>4</sup> Der Grossteil der Onlinewerbung fließt zu Suchmaschinen, sozialen Netzwerken und Kleinanzeigenportalen.
- Die SRG hat 2016 mit Werbung und Sponsoring insgesamt 283.2 Millionen eingenommen,<sup>5</sup> der grösste Teil davon in der Deutschschweiz. Und dieser Betrag wäre nochmals massiv tiefer, wenn die SRG nicht wegen der Gebühren ein attraktives Programmangebot produzieren und so hohe Zuschauermarktanteile erzielen würde – und damit für die Werbewirtschaft ein interessanter Werbeträger wäre.<sup>6</sup>
- Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass der SRG bei einer Annahme der Initiative erlaubt würde, mehr Fernsehwerbung und auch Radio- und Onlinewerbung zu verkaufen (heute ist im Radio nur Sponsoring und im Onlineangebot gar keine Werbung erlaubt; im Fernsehen gelten strengere Regeln als für private Sender). Damit könnten gewisse Mehreinnahmen erzielt werden. Angesichts der mageren Einnahmen mit Radio- und Onlinewerbung dürften diese Mehreinnahmen aber eher tief ausfallen. Zudem würden die bestehenden Privatsender dadurch auf dem Werbemarkt einer starken Konkurrenz ausgesetzt.

**Der Werbemarkt gibt also für die Finanzierung eines vollwertigen Radio- und Fernsehangebots in der französischen, italienischen und rätoromanischen Schweiz viel zu wenig her.** Sogar für einen «normalen» werbefinanzierten Privatsender reicht der Markt nicht aus.

Einzig in der **Deutschschweiz** wäre ein mit Werbung finanzierter Privatsender als Nachfolger von SRF ökonomisch möglich. **Ein solcher Sender hätte inhaltlich aber nichts mehr mit dem heutigen Service-public-Angebot zu tun**, sondern müsste sich aus ökonomischen Gründen auf Sendungen konzentrieren, die in der werberelevanten Zielgruppe mit möglichst tiefen Kosten hohe Einschaltquoten generieren (u. a. eingekaufte Serien und Filme; wenige eigenproduzierte Unterhaltungssendungen). Nur im Umfeld solcher Sendungen lässt sich genügend Werbung verkaufen. Programme für Minderheiten und teure (Informations-)Sendungen lassen sich damit nicht finanzieren.

**Die beiden Finanzierungsoptionen – Pay-TV und Werbung – schliessen sich zudem gegenseitig aus: Ein Pay-TV-Angebot hat eine viel zu kleine Reichweite, um für die Werbung interessant zu sein oder hohe Werbeeinnahmen zu erzielen.**

**Fazit: Ohne öffentliche Finanzierung könnte die SRG in der heutigen Form nicht überleben. Die Behauptung, auf dem Markt könnte ein umfangreiches Service-public-Angebot finanziert werden, ist komplett aus der Luft gegriffen.**

### Dann zu den privaten gebührenfinanzierten Sendern.

Nicht nur die SRG bekommt Gebührengelder, sondern auch private Radio- und Fernsehsender.

- 13 regionale Fernsehsender (z. B. Tele Bärn, Tele M1, Tele 1, Tele Basel, Tele Top, TVO oder Südostschweiz TV) werden zu 40-70 % aus Gebührengeldern finanziert. Regionalfernsehen lässt sich in der Schweiz (ausser in der wirtschaftsstarken Region Zürich) nicht profitabel betreiben. Ohne öffentliche Finanzierung könnten diese Sender nicht überleben oder müssten ihr Programm massiv herunterfahren. Ein regionaler Service public wäre jedenfalls nicht mehr möglich.
- 13 lokale und regionale Radiosender in Randregionen (z. B. Radio Freiburg, Radio Neo 1, Radio Südostschweiz, Radio BeO, Radio Munot oder Radio Rottu) erhalten 30-50 % ihrer Einnahmen aus Gebühren. Nur mit Werbung lässt sich deren Programm nicht finanzieren. Ein Informationsangebot in der heutigen Form wäre nicht mehr möglich.
- 9 alternative Radiosender (z. B. Radio LoRa, RaBe, Kanal K oder Radio 3fach) erhalten 60-90 % Gebühreneinnahmen. Die Überlebenschancen für solche Sender jenseits des Massengeschmacks sind ohne öffentliche Finanzierung gering.

**Fazit: Ohne öffentliche Finanzierung könnten private Sender, die heute Gebühren bekommen, nicht überleben oder sie müssten ihr Programmangebot drastisch reduzieren.**

Bei einer Abschaffung der Gebühren **würde das Angebot inländischer Radio- und Fernsehsender also massiv abnehmen**. Im Fernsehsektor wäre am ehesten ein kommerzieller Privatsender aus dem Nachlass von SRF in der Deutschschweiz überlebensfähig.

### **Argument 3: Die Behauptung, ohne Gebühren gäbe es mehr Medienvielfalt.**

*«Die SRG wird durch die staatliche Privilegierung als Quasi-Monopolistin mit viel längeren Spiessen als die Konkurrenz ausgerüstet und behindert durch ihre finanzielle Übermacht innovative private Anbieter [...]. Würden die Billag-Zwangsgebühren abgeschafft, entstünde ein freier, fairer Wettbewerb um die Gunst der Kunden. Wettbewerb führt tendenziell zu besseren und vielfältigeren Angeboten sowie zu tieferen Preisen. Resultat der Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren wäre daher eine grössere Medienvielfalt.»*

*«Viele werbefinanzierte Privatsender wiederum suchen ihr Glück im sehr seichten Unterhaltungsbereich, wo sie ihr Programm am ehesten von der SRG differenzieren können.»*

([https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium\\_No-Billag-Initiative-1.pdf](https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium_No-Billag-Initiative-1.pdf))

**Diese Aussagen widersprechen sämtlichem ökonomischen Wissen über Medienmärkte.**

**Für werbefinanzierte Fernsehsender ist es nur lukrativ Sendungen auszustrahlen, die mit möglichst tiefen Kosten einen möglichst hohen Marktanteil in der werberelevanten Zielgruppe erreichen** (v. a. eingekaufte Serien und Filme, wenige eigenproduzierte Unterhaltungssendungen). Teure Sendungen, Sendungen für Minderheiten und Sendungen, die nicht dem Massengeschmack entsprechen, lassen sich so nicht finanzieren. Der Wettbewerb zwischen solchen Fernsehsendern mag ökonomisch funktionieren. Doch zu

Medienvielfalt führt er sicher nicht. Viele Sendungen und Genres, die heute von der SRG dank Gebühren produziert werden können, würde es nicht mehr geben. Das zeigt auch Radio- und Fernsehponier Roger Schawinski in seinem neuen Buch auf.<sup>7</sup>

**Zudem würde die Situation bei einer Annahme der Initiative auch für die bestehenden werbefinanzierten Privatsender wie 3+ oder TV24 schwierig.**

Erstens würde der Fernsehwerbemarkt in der Schweiz deutlich schrumpfen. Die SRG erzielt ihre heutigen Einnahmen mit Werbung und Sponsoring in der Höhe von 283.2 Millionen nur, weil sie mit den Gebühren ein attraktives Programm produzieren kann, das wegen der hohen Marktanteile auch für die Werbewirtschaft attraktiv ist.<sup>8</sup> Ohne Gebühren gingen die Werbeeinnahmen der SRG deutlich zurück; davon profitieren dürften aber nicht die Schweizer Privatsender, sondern vor allem deutsche und französische Sender, die Schweizer Werbung ausstrahlen, da diese höhere Marktanteile haben als die Schweizer Sender (je nach Sprachregion 61-70 % Marktanteil; Schweizer Privatsender dagegen nur 1-8 %).<sup>9</sup>

Zweitens dürfte die strengere Werberegulierung für die SRG nach einer Annahme der Initiative aufgehoben werden. Ein werbefinanzierter Nachfolgesender von SRF in der Deutschschweiz dürfte deshalb ungehemmt Werbung akquirieren und wäre eine starke Konkurrenz für die bestehenden Privatsender in der Schweiz. Kein Wunder hält auch Dominik Kaiser, Chef von 3+, wenig von der Initiative.<sup>10</sup>

**Fazit: Die Initiative würde die Medienvielfalt einschränken und sogar den bestehenden werbefinanzierten Fernsehsendern das Leben erschweren. Gewinnen würden einzig die ausländischen Werbefenster.**

#### **Argument 4: Die Behauptung, die SRG sei ein Staatsmedium und politisch unausgewogen.**

«Die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren würde der Medienfreiheit zum Durchbruch verhelfen. Es ist heute der Bundesrat, welcher die Billag-Gebührenhöhe festsetzt und Konzessionen erteilt. Auch wählt er mehrere Verwaltungsräte der SRG. Damit besteht ein ungesundes Abhängigkeitsverhältnis der SRG vom Staat. Die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren sorgt dafür, dass die Medien ihre Rolle als <vierte Gewalt> wahrnehmen und den mächtigen Politikern kritisch auf die Finger schauen können, ohne um einen Grossteil ihrer Einnahmen fürchten zu müssen.»

«Staatsmedien sind einer freien Gesellschaft unwürdig.»

([https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium\\_No-Billag-Initiative-1.pdf](https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium_No-Billag-Initiative-1.pdf))

**Die Schweiz hat keine Staatsmedien.** Zum Glück. Die Schweiz hat laut unabhängigen Erhebung von «Reporter ohne Grenzen» und «Freedom House» eines der freisten und unabhängigsten Mediensysteme der Welt.<sup>11</sup> **Die Schweiz ist nicht Nordkorea oder Usbekistan, sondern eine freiheitliche Demokratie.** In Diktaturen gibt es Staatsmedien, die nicht nur dem Staat gehören, sondern wo das Regime auch direkt das Programm beeinflusst und nur Propaganda gesendet wird.

**Bei der SRG handelt es sich nicht um ein Staatsmedium.** Die SRG ist rechtlich gesehen ein privater Verein und gehört nicht dem Staat. Wie andere öffentliche Radio- und Fernsehsender in Europa – BBC, ARD, ZDF oder ORF – erfüllt die SRG aber einen Service-public-Auftrag. Die SRG muss ein umfassendes und vielfältiges Programmangebot in allen Landessprachen bereitstellen. Und dafür bekommt sie auch Gebührengelder. Denn ohne öffentliche Mittel wäre das gar nicht finanzierbar.

Es stimmt, dass der Bundesrat die Höhe der Gebühren festlegt und zwei Mitglieder des neunköpfigen Verwaltungsrates wählt.

- Wenn für einen öffentlichen Auftrag auch öffentliche Gelder bereitgestellt werden, dann muss der Staat die Höhe dieser Gelder festlegen. Der Bundesrat legt die Gebühren immer für mehrere Jahre fest und die Gebührenehöhe muss auch nicht vom Parlament abgesegnet werden. Damit ist sichergestellt, dass es nicht zu politischen Strafaktionen für missliebige Berichterstattung im Rahmen der parlamentarischen Budgetdebatten kommt. Die Unabhängigkeit der SRG ist so gewährleistet.
- Der Verwaltungsrat der SRG ist nicht für Programmentscheidungen zuständig. Seine Aufgabe ist die Festlegung der Strategie der SRG, nicht das Tagesgeschäft und schon gar nicht einzelne Sendungen und redaktionelle Entscheidungen. Die Programmautonomie und Unabhängigkeit vom Staat sind sichergestellt.

**Zudem verpflichten Verfassung, Gesetz und Konzession die SRG zu Sachgerechtigkeit und Ausgewogenheit.** Damit ist sichergestellt, dass Ereignisse umfassend und faktenbasiert dargestellt werden und verschiedene Sichtweisen vorkommen. Wissenschaftliche Studien zu den SRG-Radio- und Fernsehprogrammen belegen, dass politisch ausgewogen informiert wird und bei Kontroversen alle Seiten zu Wort kommen. Bei einem vermuteten Verstoss ist eine Beschwerde möglich. Beides – Verpflichtung zu Sachgerechtigkeit und Ausgewogenheit sowie die unabhängige Beschwerdestelle – will die «No-Billag»-Initiative aber abschaffen.

**Gerade die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung hätte zur Folge, dass Radio und Fernsehen den Mächtigen nicht mehr auf die Finger schauen können.** Denn Informationssendungen mit umfangreichen Recherchen lassen sich auf dem kleinen Schweizer Werbemarkt nicht finanzieren.

**Fazit: Die Schweiz hat keine Staatsmedien. Die SRG ist zu Sachgerechtigkeit und Ausgewogenheit verpflichtet.**

### **Argument 5: Die Behauptung, im digitalen Zeitalter brauche es keine öffentliche Finanzierung mehr.**

*«Technologiewandel macht staatliches Vollprogramm überflüssig. [...] Heute pickt man aus der Flut an Angeboten jenes heraus, was von persönlichem Interesse ist oder streamt einen Film aus den Angeboten von Sunrise, Swisscom oder Apple TV.»*

([https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium\\_No-Billag-Initiative-1.pdf](https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium_No-Billag-Initiative-1.pdf))

Es ist völlig unbestritten, dass sich die Mediennutzung durch die Digitalisierung komplett verändert. Wir können heute Radio und Fernsehen «On Demand» nutzen wo wir wollen und wann wir wollen. Und News konsumieren wir auf Facebook, Twitter oder Snapchat, nicht mehr unbedingt auf den Websites von Medienhäusern. Aber die **Inhalte müssen von jemandem produziert werden – und das kostet.**

- Suchmaschinen wie Google und Social Media wie Facebook produzieren selbst keine Inhalte, sondern verbreiten nur Inhalte, die andere erstellt haben.
- Streaming-Anbieter wie Netflix oder Amazon Prime produzieren hochwertige Unterhaltung, aber nicht in der kleinen Schweiz. Pay-TV-Anbieter wie Teleclub, UPC oder Sky konzentrieren sich auf lukrative Sportarten. An Informations-, Kultur- oder Bildungsangeboten sind beide Anbietergruppen nicht interessiert. Produziert wird nur, was eine genügend grosse und zahlungskräftige Zielgruppe abonnieren möchte. Doch die Zahlungsbereitschaft für Informationsangebote lässt sich nur schlecht abschöpfen. Und wer wenig Geld hat oder zu einer Minderheit gehört, wird schon gar nicht bedient.

**Wie Journalismus im digitalen Zeitalter kommerziell erfolgreich sein kann, ist völlig offen.** Die Zeitungsverlage haben bisher kein Rezept für die Medienkrise gefunden:

- Die Auflagen von Zeitungen sinken immer weiter. Die Gesamtauflage aller Kaufzeitungen hat von 1995 bis 2014 von rund 4.3 Mio. auf 3.1 Mio. Exemplare abgenommen. Abos für Onlineausgaben können diese Abnahme nicht wettmachen.<sup>12</sup>
- Die Nettowerbeumsätze von Kaufzeitungen sind von 1996 bis 2016 um 65 % von 1.675 Milliarden auf noch 590 Millionen Franken eingebrochen.<sup>13</sup> Und Onlinewerbung kann das nicht kompensieren. Alle Journalismusangebote zusammen haben 2015 nur gerade 82 Millionen Franken mit Onlinewerbung verdient.<sup>14</sup>

**Es ist absolut unverantwortlich, in dieser Situation auch noch die öffentliche Medienfinanzierung abzuschaffen.** Die Initiative bietet also keine Rezepte für die Herausforderungen der Digitalisierung. Im Gegenteil: Es braucht weiterhin einen Service public, der aufgrund der öffentlichen Finanzierung auch im digitalen Zeitalter Inhalte für alle Zielgruppen, für alle Sprachregionen und für alle Menschen in unserem Land produziert – ob diese Inhalte nun im traditionellen Radio und Fernsehen genutzt werden oder online.

**Fazit: Auch im Internet fallen Medieninhalte nicht vom Himmel. Ein öffentlich finanzierter Service public garantiert, dass auch im digitalen Zeitalter Inhalte für alle Menschen in der Schweiz produziert werden.**

### **Argument 6: Die Behauptung, die Abgabe in der Schweiz sei weltweit die höchste.**

*«Private Haushalte müssen jährlich Billag-Gebühren in der Höhe von CHF 451.10 bezahlen. Das ist weltweiter Rekord! Nirgendwo sonst zahlen Menschen so hohe Rundfunkgebühren.»*  
([https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium\\_No-Billag-Initiative-1.pdf](https://nobillag.ch/wp-content/uploads/2017/11/Argumentarium_No-Billag-Initiative-1.pdf))

Was heute noch stimmt, ist künftig falsch: Auf 2019 wird die Abgabe pro Haushalt auf 365 Franken gesenkt. Damit **bewegt sich die Abgabe in der Schweiz künftig auf dem Niveau vergleichbarer Länder** wie Österreich, Norwegen, Schweden oder Dänemark. Aber auch heute stimmt die Aussage nur auf den ersten Blick. Ja, die Gebühren in der Schweiz sind hoch, aber:

- Erstens gibt es in kleinen Ländern wie der Schweiz weniger Haushalte als in grossen Ländern wie Deutschland oder Grossbritannien. In Deutschland beträgt die Abgabe heute 210 Euro pro Jahr. Daraus ergeben sich trotzdem Einnahmen von 8 Milliarden Euro – mehr als das Siebenfache des Gebührenertrags in der Schweiz. Doch Radio und Fernsehen sind in einem kleinen Land nicht einfach billiger als in einem grossen Land. Entsprechend sind in **Kleinstaat die Gebühren höher**.
- Zweitens ist die Schweiz ein mehrsprachiges Land und die SRG muss **Radio und Fernsehen in vier Sprachen** produzieren. Das kostet ganz einfach mehr, als wenn man sich auf eine Sprache konzentrieren kann. Würden die Deutschschweizer nur für SRF bezahlen, dann wären die Gebühren deutlich tiefer. Von den heutigen Gebühreneinnahmen in der Deutschschweiz von 885 Millionen Franken werden nämlich 360 Millionen oder über 40 % innerhalb der SRG in die anderen Sprachregionen umverteilt, damit auch in der französischen, italienischen und rätoromanischen Schweiz Radio und Fernsehen möglich ist. Ohne diese Solidarität wäre die Gebühr schon heute weitaus tiefer und würde statt 450 nur 270 Franken betragen.
- Drittens relativiert sich die Gebührenhöhe in der Schweiz, wenn die hohe Kaufkraft in unserem Land berücksichtigt wird.

**Fazit: Die Kleinheit unseres Landes und unsere Mehrsprachigkeit sind der Grund, weshalb der Service public in der Schweiz mehr kostet als in Nachbarstaaten.**



### **Argument 7: Die Behauptung, Unternehmen würden zu den grossen Verlierern gehören.**

«Zu den grossen Verlierern [...] zählen die Unternehmen, die KMU und das Gewerbe. Schon bald werden sie dazu genötigt, jährlich bis zu 39'000 Franken Billag-Zwangsgebühren zu bezahlen.»

(<https://nobillag.ch/argumente/abschaffung-zwangsguebuehren/>)

**Falsch. Schon heute müssen Unternehmen in der Schweiz Radio- und Fernsehgebühren bezahlen.** Unternehmen, die für Mitarbeitende oder Kundschaft Radio und Fernsehen empfangen können (inkl. Computer mit Internetzugang), müssen schon heute zahlen, und zwar im Minimum 597,50 Franken.

**Ab 2019 werden nun alle Unternehmen mit einem Umsatz unter 500'000 Franken pro Jahr und damit 75 % aller KMUs von der Abgabe für Radio- und Fernsehen befreit!** Bis zu einer Million Umsatz zahlen Unternehmen genau gleich viel wie ein Privathaushalt, als 365 Franken und damit deutlich weniger als heute (Senkung um 39 %). Dann steigt die Abgabe in Abhängigkeit des Umsatzes an. Nur Unternehmen mit mehr als einer Milliarde Umsatz pro Jahr zahlen künftig 35'590 Franken.

**Fazit: Ein Grossteil der Unternehmen ist von der Radio- und Fernsehabgabe befreit.**

### **Zweites Ziel von «No Billag»: Abschaffung von Sachgerechtigkeits- und Vielfaltsgesetz, Abschaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz und Versteigerung von Konzessionen**

Doch die «No-Billag»-Initiative will nicht nur die öffentliche Finanzierung von Radio und Fernsehen verbieten, sondern beinhaltet noch andere Bestimmungen.

#### **Faktentreue und Vielfalt der Meinungen nicht mehr vorgeschrieben.**

Der folgende Absatz soll aus der Bundesverfassung gestrichen werden:

«Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.»

**Damit werden Radio und Fernsehen von der Pflicht entbunden, Ereignisse faktentreu darzustellen und verschiedene Meinungen zu einem Thema darzustellen. Das öffnet Tür und Tor für parteiische Radio- und Fernsehsender, die nur noch einseitige Berichterstattung bieten, statt mehrere Seiten zu Wort kommen zu lassen.**

In den USA wurde vor genau 30 Jahren das Gleiche gemacht und die sogenannte «Fairness-Doktrin» gestrichen. Seither sind zahlreiche Radio- und Fernsehsender entstanden, die unabhängig von Fakten und Recherchen einseitige Meinungen verbreiten, und damit entweder Republikaner oder Demokraten mit «News» versorgen, die schon ihrer eigenen Meinung entsprechen. Eine Auseinandersetzung mit Argumenten politischer Gegner und Debatten miteinander finden kaum noch statt; viele Bürgerinnen und Bürger umgeben sich in Radio, Fernsehen und Internet nur noch mit Gleichgesinnten. Für eine Demokratie ist das schädlich.

**Ein öffentlich finanzierter Service public wie die SRG soll dem entgegenwirken.** Egal ob im klassischen Radio und Fernsehen oder online: Durch das Aufzeigen von Fakten statt nur der Verbreitung von Meinungen und die Darstellung verschiedener Sichtweisen findet ein Austausch verschiedener Gruppen in der Gesellschaft statt und es wird ein wichtiger Beitrag zur freien Meinungs- und Willensbildung von uns Bürgerinnen und Bürgern geleistet.

**Fazit: Statt faktenbasierten und ausgewogenen Radio- und Fernsehsendungen droht uns eine parteiische Berichterstattung.**

### ***Abschaffung der Unabhängigen Beschwerdeinstanz.***

Der folgende Absatz soll aus der Bundesverfassung gestrichen werden:

«Programmbeschwerden können einer unabhängigen Beschwerdeinstanz vorgelegt werden.»

Heute können wir alle uns kostenlos bei Ombudsstellen und der «Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)» beschweren, wenn wir der Ansicht sind, dass ein schweizerischer Radio- oder Fernsehsender (oder das Onlineangebot der SRG) gegen Programmvorschriften verstossen haben wie etwa Sachgerechtigkeit, Vielfalt, Schutz von Minderjährigen oder Achtung der Grundrechte.

Das will die «No-Billag»-Initiative ändern. Das ist undemokratisch und erschwert die Aufsicht über die Tätigkeit von Radio- und Fernsehsendern.

**Fazit: Uns Bürgerinnen und Bürgern soll das Recht genommen werden, uns gegen Radio und Fernsehen zu wehren.**

### ***Radio und Fernsehen dürfen nur noch die Meistbietenden betreiben.***

Der folgende Absatz soll in die Bundesverfassung geschrieben werden:

«Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen.»

Heute darf jeder einen Radio- und Fernsehsender betreiben. Das muss dem Bund einzig gemeldet werden. Nur wer bestimmte Privilegien möchte (UKW-Frequenz für Radiosender oder Anteil der Gebühren) braucht heute noch eine Konzession. Solche Konzessionen werden aber nicht an den Meistbietenden versteigert, sondern nach einer Prüfung des Gesuchs basierend auf der versprochenen publizistischen Leistung vergeben.

**Die «No-Billag»-Initiative möchte, dass Konzessionen versteigert werden. Damit könnten nur noch die meistbietenden Bewerber Radio und Fernsehen betreiben.**

Statt der SRG und privaten Lokal- und Regionalsendern, die eine Konzession für die Erfüllung eines Service-public-Auftrags bekommen haben, und privaten Radio- und Fernsehsendern wie 3+, die nur gemeldet sind, gäbe es in Zukunft nur noch Sender von Inhabern mit grossem Geldbeutel. Unter einer vielfältigen Medienlandschaft stellen wir uns etwas anderes vor.

**Fazit: Künftig wären Radio und Fernsehen nur noch reichen Eigentümern vorbehalten.**

## Fazit

**Die «No-Billag»-Initiative ist zerstörerisch, unausgegoren und rückwärtsgewandt.**

**Eine Abschaffung der öffentlichen Finanzierung würde das Ende für einen Grossteil des heutigen Radio- und Fernsehangebots bedeuten. Sendungen jenseits günstiger Unterhaltung und eingekaufter Serien und Filme sind kaum finanzierbar, schon gar nicht in der französischen, italienischen und rätoromanischen Schweiz.**

**Die Initiative zeugt von komplettem Unverständnis für die Funktionsweise von Medienmärkten und bietet keine Rezepte für die Herausforderungen der Digitalisierung. Die Finanzierungs Krise von Zeitungen und deren Onlineangeboten zeigt, dass auch Journalismus im Internet auf Unterstützung angewiesen ist.**

**Für die Schweizer Medienlandschaft und die Schweizer Demokratie ist die «No-Billag»-Initiative schädlich und muss abgelehnt werden.**

Und danach wird sich «media FORTI» wieder konstruktiv und lösungsorientiert in die medienpolitische Diskussion einbringen und sich für starke private und öffentliche Medien in der Schweiz einsetzen.

- 
- <sup>1</sup> Sky hat in Deutschland 2017 ca. 5 Millionen Abonnenten ([https://www.dwld.de/nachrichten/59798/sky\\_waechst\\_weiter\\_kraeftig\\_und\\_reduziert\\_den\\_verlust/](https://www.dwld.de/nachrichten/59798/sky_waechst_weiter_kraeftig_und_reduziert_den_verlust/)). Das entspricht 12 % der ca. 41 Millionen Haushalte (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/HaushalteFamilien/Tabellen/VorausberechnungHaushalte.html>). HBO hat in den USA gemäss Branchenkenner ca. 29 Millionen Abonnenten (<http://www.bloomberg.com/news/2013-10-21/netflix-poised-to-pass-hbo-in-paid-u-s-subscribers.html>). Das entspricht 21 % der 135,7 Millionen Haushalte (<https://www.census.gov/quickfacts/fact/table/US/PST045217>).
  - <sup>2</sup> Stiftung Werbestatistik Schweiz ([http://www.werbestatistik.ch/download.php?id=85\\_595c9cb9](http://www.werbestatistik.ch/download.php?id=85_595c9cb9)).
  - <sup>3</sup> Stiftung Werbestatistik Schweiz ([http://www.werbestatistik.ch/download.php?id=85\\_595c9cb9](http://www.werbestatistik.ch/download.php?id=85_595c9cb9)).
  - <sup>4</sup> Gemäss Recherchen der NZZ (<https://www.nzz.ch/feuilleton/medien/schweizer-medien-geld-fuer-500-online-journalisten-ld.83816>).
  - <sup>5</sup> SRG Geschäftsbericht 2016 (<http://gb.srgssr.ch/de/2016/service-public/service-public-in-zahlen/>).
  - <sup>6</sup> Modellrechnungen, wie stark die Fernsehwerbbeeinnahmen von SRF einbrechen würden, gibt es unseres Wissens keine. Es ist aber mit einem massiven Rückgang zu rechnen.
  - <sup>7</sup> Roger Schawinski (2017): No Billag? Die Gründe und die Folgen. Wörterseh-Verlag.
  - <sup>8</sup> Modellrechnungen, wie stark die Fernsehwerbbeeinnahmen von SRF einbrechen würden, gibt es unseres Wissens keine. Es ist aber mit einem massiven Rückgang zu rechnen.
  - <sup>9</sup> Marktanteil ausländischer Fernsehsender (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/medien/medienangebot-nutzung/fernsehen/fernsehnutzung-sender.assetdetail.3042950.html>).
  - <sup>10</sup> Dominik Kaiser zu den Auswirkungen von No Billag (<https://www.srf.ch/news/schweiz/no-billag-initiative-ist-eine-finanzierung-von-radio-und-tv-ohne-gebuehren-moeglich>).
  - <sup>11</sup> 2017 World Press Freedom Index (<https://rsf.org/en/ranking>) und Freedom of the Press 2017 (<https://freedomhouse.org/report/table-country-scores-fotp-2017>).
  - <sup>12</sup> Bundesamt für Statistik (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/medien.assetdetail.2943700.html>).
  - <sup>13</sup> Stiftung Werbestatistik Schweiz ([http://www.werbestatistik.ch/download.php?id=85\\_595c9cb9](http://www.werbestatistik.ch/download.php?id=85_595c9cb9)).
  - <sup>14</sup> Gemäss Recherchen der NZZ (<https://www.nzz.ch/feuilleton/medien/schweizer-medien-geld-fuer-500-online-journalisten-ld.83816>).